









# Blüher verschiebt die Beratung der Wahlgesetzanträge

## Die kommunistischen Forderungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Sächsischen Landtag abgelehnt - Beratung der kommunistischen Anträge auf Besserstellung der Sozialrentner und Kriegsopter - Sächs. Verkehrsfragen

### 67. Landtagsitzung

Dresden, den 16. Februar 1928

Vor Beginn der Sitzung zeigt sich bereits deutlich, was hinter den Kulissen des Bürgerblods zusammengedrosen worden ist. Kaum hat das Präsidium Platz genommen, eilt schon Herr Blüher, der ungefräunte König von Sachsen, zum Präsidenten und - verhandelt heimlich. Darauf erhebt sich auf den kommunistischen Bänken der Ruf: "Der Oberlehrer arrangiert! Die Schiedung wird vorbereitet!" Herr Blüher verjähmtet eifrig aber - der Präsident erhebt sich, um den Beginn der Sitzung um 20 Minuten zu verschieben. Das Mandat war also richtig erkannt. Der Bürgerblock will tusthandeln, um die Ablegung der kommunistischen und sozialdemokratischen Wahlgesetzanträge von der Tagesordnung zu erzwingen. Unter Protesten der Linken leert sich der Plenarsaal. Nach 20 Minuten eröffnet unter harter Unruhe im ganzen Hause der Präsident die Sitzung. Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag vorgenommen. Der erste Absatz, der die Ermöglichung einer Steuer vom reinen Grundwert fordert, wird mit 58 gegen 34 Stimmen angenommen. Der zweite Absatz, der die Erhöhung der Grenze des steuerfreien Einkommens nachschlägt, wird bei großer Unruhe und Unklarheit auf den bürgerlichen Bänken zunächst mit Mehrheit angenommen. Da Unklarheiten über diese Abstimmung bestehen, wird diese wiederholt und darauf der Antrag mit Mehrheit gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die „altsozialistischen“ Freigewerkschaftler stimmen mit dem Bürgerblock gegen diesen Antrag.

### Die Wahlgesetzanträge wieder abgelehnt!

Kunze teilt der Präsident mit, daß die Tagesordnungspunkte, die die Wahlgesetzanträge betreffen, abgelehnt werden und erst am nächsten Dienstag als erste Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

### Genosse Wötter

erhebt dagegen namens der kommunistischen Fraktion scharfen Protest, da diese Maßnahmen nichts anderes als eine Schlinge gegen die Opposition darstelle. Er erklärt sich für die Sozialdemokraten damit einverstanden. Gegen die Kommunisten wird Ablegung beschlossen, gleichzeitig aber festgestellt, daß diese Anträge als erste Punkte auf der nächsten Tagesordnung behandelt werden.

Herr Blüher hat wieder ein paar Tage Zeit, den Riß im Koalitionssporzellan mit Kitt zu verschmieren.

### Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Bei der Berichterstattung über die Beratung betr. den kommunistischen Antrag auf Veränderung der Ausführungsordnung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten stellt Genosse Stöcker als Berichterstatter fest, daß nach eingehender Sichtung des Materials über die Prostitution im Zusammenhang mit dieser Frage festgestellt werden muß, daß trotz formeller Aufhebung der Kontrolle fast alles beim alten geblieben ist. Die Kommunisten wandten sich gegen die Heranziehung der approbierten Ärzte, die Heranziehung der Kirche und die Ausgestaltung der Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen. Die Regierung hat zugeben müssen, daß bis jetzt das Gesetz nichts Positives gezeitigt hat. Auch durch die Beteiligung der Schlichterinnen in den öffentlichen Häusern sei keineswegs der Charakter des Bordells genommen worden. Durch Vergünstigung damit werde auf Herabsetzung der Kaserierung und Polizeikontrolle aufrecht erhalten werden. Die Sozialdemokraten wandten sich insbesondere gegen die kommunalistische Forderung auf Erleichterung von Gesundheitsämtern und gegen bezugslose Arbeitsgemeinschaft für Prostituierte. Die Mehrheit des Ausschusses hat den kommunistischen Antrag abgelehnt. Als Fraktionsredner stellt Genosse Wötter fest, daß der Versuch der bürgerlichen Gesellschaft, juristisch und mit dem Polizeinippel die Frage der Prostitution zu „lösen“, vollkommen Schiffbruch gelitten hat. Wer erlaubt dieses gesellschaftliche Problem lösen will, muß den Kampf gegen die Wurzel des Übels führen, die kapitalistische Ausbeutung. Dieses Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das mit Zustimmung der Sozialdemokraten im Reichstag geschaffen wurde, ist tatsächlich elende Kurzsichtigkeit und ein Ausnahmestück gegen die wertvollen Schichten. Dennoch werden wir Kommunisten als Interessenvertreter stets in allen Fragen der Durchführung des Gesetzes die Forderungen stellen, die die Rechte der Werttätigen zu schützen geeignet sind. Während einerseits in ihrer Denkschrift die Regierung feststellen muß, daß die soziale Entwicklung und der durch den Krieg erzeugte Frauenüberschuß die Beseitigung der „doppelten Moral“ notwendig macht, hält sie in ihren Gesetzesentwürfen gerade diese doppelte Moral aufrecht. So erklärt ja das Reichsgesetz, daß jeder außerrechtliche Verkehr, auch zwischen Verlobten - Unzucht sei. Andererseits aber gibt die Regierung selbst zu, daß es gar nicht möglich sei, daß alle Frauen einen Gatten erhalten können. Diese innere Verlogenheit der Gesellschaft wird gerade im Krankenzustand beleuchtet. Diese Gesellschaft, deren bürgerliche Familien zum großen Teil auf legale Prostitution, entweder der Frau, die sich eine lebenslängliche Versorgung verschaffen will oder umgekehrt, gegründet ist, kann gar nicht auf diese „doppelte Moral“ verzichten. Sie muß die soziale Ursache des Bestehens der Prostitution verweisen: die kapitalistische Ausbeutung! Deshalb geht Herr Stöcker auch gemüßigter Bornographien, während sie das wertvolle Buch des Berliner Stadtkommissars Dr. Hodann „Geschlecht und Liebe“ verbietet, weil dieses Buch die kapitalistische Ausbeutung als Wurzel der Prostitution erklärt. Ja, durch Bekämpfung der Bordelle schafft sich sogar der Staat Gewinne und läßt Junaltherapeuten im Vereinsregister eintragen. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, durch Beseitigung der Schlichterinnen und der Salons die Bordelle aufgehoben zu haben. Das Gesetz ist also im Grunde nur eine neue Methode der Verfolgung und Schikanierung der „Unbeliebten“ durch die „Wohlfahrtsbehörde“. Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss Arm in Arm mit den Bürgerlichen die Zusammenlegung der Behandlung mit der Beratung abgelehnt und auch die kostenlose Behandlung abgelehnt. Scharf ist, wenn dazu als Begründung die Erklärung hervorgeholt wird, man könne, wenn ein Befugter nun in die Behandlungsstelle käme, doch nicht diesen auf öffentlichen Kosten behandeln lassen. Wir sagen nur, daß Befugter nicht in die öffentlichen Beratungsstellen gehen, sondern dazu ihre Hausärzte haben. Diese Begründung ist also nur ein Mandat, um die Arbeiter davon abzuhalten, daß die Sozialdemokraten gegen die für die Arbeiter wichtige kostenlose Behandlung in den Beratungsstellen sind, weil sie hinter dem

reaktionären Geiz stehen. Wir stellen dabei fest, daß eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Ärzte unsere Forderungen durchaus billigen. Wir fordern nach wie vor die Errichtung von Gesundheitsämtern in allen Bezirksfürsorgeverbänden. Diese Ämter sollen der öffentlichen Gesundheitspflege dienen, in erster Linie auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung sowie des Mutter- und Kindereschutzes. Gleichzeitig sollen diese Ämter der Bekämpfung der Tuberkulose dienen. Angegliedert sollen Mutter-, Sexual- und Eheberatungsstellen werden. Hier soll Beratung und Behandlung kostenlos geschehen. Auf Wunsch der Kranken können die Beratungsstellen Behandlungskabinette für Privatärzte ausstellen. Die Behandlung hat dann zu Lasten der Bezirksfürsorgeverbände zu geschehen. Weiterhin fordern wir die sofortige Aufhebung der Kaserierung der Prostitution in Häusern und Straßenzügen. Ebenso verlangen wir die Zulassung von Beratern der Naturheilkunde außer den approbierten Ärzten, außerdem sollen von den Wohlfahrts- und Jugendämtern bzw. Bezirksfürsorgeverbänden alle jene Personen herangezogen werden, die in den Organisationen für Volksgesundheits-, Wohlfahrtspflege und in der Jugendbewegung sowie im öffentlichen Leben tätig sind.

Wenn wir diese Forderungen stellen, erklären wir gleichzeitig den Arbeitern, daß sie sich klar sein müssen, daß niemals der kapitalistische Staat solche Forderungen im sozialen Sinne erfüllen würde. Diese Rechte müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen, und zwar dadurch, daß sie, den politischen Charakter dieses Problems erkennend, den Kampf um die Beseitigung der Wurzel des Übels, der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer Verheerlichkeit führen müssen. Nur mit der Forderung des Klassenkampfes werden sie den Kampf der Prostitution ausrotten können! (Lebhaftes Bravo! b. d. Kommunisten.)

In der Debatte muß die Abgeordnete Schilling (SPD), die im Ausschuss gegen die kommunistischen Anträge gestimmt hatte, die kommunistischen Anträge billigen und mit Kläufeln und Redereien doch die Zustimmung ihrer Fraktion erklären. Dies geschieht unter dem Druck der Arbeiterwohlfahrts- und Vereinstorganisationen, die grundsätzlich die kommunistischen Forderungen unterstützen. In der Abstimmung wird der erste kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Zusatzantrag, betreffend die Zulassung Naturheilkundiger wird mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, der schnelleren Abbau noch bestehender Vorbelldbetriebe und Verhinderung einer Wiedereinführung der besitzigen Sittenkontrolle auf dem Umwege über die Gesundheitsbehörden fordert.

## SPD und Deutschnationale find mit der Agrarpolitik der Feldt-Regierung einverstanden

Im Haushaltsauschuss A stand am Mittwoch dem 15. Februar der Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion, betreffend „Notlage der werttätigen Bauern“ zur Beratung.

Die werttätigen Bauern des Antrages forderten, daß bei Feststellungen über Ernte- und Unweiteschäden die davon betroffenen kleinbäuerlichen Schichten ihre Vertreter in die Kommissionen entsenden lassen, daß denjenigen Bauern, die auf Grund der Ernteschäden unerschuldet in Notlage geraten sind, dieser Schaden voll ersetzt wird; die Zahlung der rückständigen Steuern erlassen wird; die Befreiung von billigen Saatgut, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten sowie Justizkosten unentgeltlich gewährleistet wird, ferner eine Senkung der Strompreise für die kleinbäuerlichen Betriebe sofort herbeigeführt wird.

Die Regierung hatte dazu eine „Denkschrift“ ausgearbeitet, auf Grund welcher nachgewiesen werden sollte, daß sie stets ein „warmes Herz“ für die Notlage der kleinbäuerlichen Bevölkerung gehabt habe.

Die Deutschnationalen zogen nach einer eingehenden Aussprache ihren Antrag, der im wesentlichen dem kommunistischen entkamme, im Gesamttrahnen jedoch ein Gesicht an die sächsische Großagrarier bedeuete, zurück. In der Praxis

Die Anträge zur Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner werden in gemeinsamer Beratung behandelt.

Genosse Trautinger als Berichterstatter des Ausschusses schlägt die Annahme des kommunistischen Antrages hierzu in folgender Fassung vor:

Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung eine Besserstellung der Klein-, Sozial- und Kriegsopter sowie sonstiger Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu fordern und die Regierung zu beauftragen, dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die Unterstützungssätze auf der Grundlage einheitlicher Richtsätze für die Genannten um mindestens 25 Prozent im Durchschnitt erhöht werden

und begründet die kommunistische Forderung an Hand erdrückenden Materials über die erschütternde Notlage der Sozialrentner und Kriegsopter.

Ueber diesen Antrag wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

Eine Anzahl Anträge, die Verkehrsfragen behandeln und sich an die Reichsbahnerverwaltung wenden, werden dann in gemeinsamer Beratung behandelt. Angenommen wird ein Antrag für besseren Eisenbahnerverkehr nach dem östlichen Erzgebirge, ebenso ein Antrag über Bau einer Eisenbahnlinie Adorf - Hof.

Die Kommunisten hatten durch den Genossen Schaeffer einen Antrag eingebracht, der im Interesse der Arbeiter, die durch die mittelalterlichen Verkehrsverhältnisse zum Verbleiben an ein- und demselben Ort gezwungen sind, den baldigen Bau einer Linie Neuhäusen - Bienenmühle, der Platentalsbahn bei Königswalde im Annaburger Bezirk und den seit Jahren erkrankten Bau der Eisenbahnlinie Aue - Jöhrlau forderte.

Die Mehrheit lehnt zwar den Teil des kommunistischen Antrages, der den Bau einer Linie Aue - Jöhrlau betrifft, ab, beschließt aber unter kommunistischem Druck, wenigstens die Gemeinde Jöhrlau und die übrigen Gemeinden bei ihren Bemühungen um eine Bahnverbindung zu unterstützen.

Der andere Teil des Antrages wird angenommen. Zum Schluß wird ein Antrag auf Durchführung des Ausbaues der Eisenbahnlinie Jitzau - Bischofswerda dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erschöpft. Die nächste Sitzung findet Dienstag den 21. Februar statt. Auf der Tagesordnung stehen neben den Wahlgesetzanträgen eine Anzahl Anträge über Antragsfragen und das Polizeibeamtengesetz.

bedeutet das, daß die sächsische Bürgerblockregierung ausschließlich die Interessen der Großagrarier vertritt, während sie für die Notlage der kleinbäuerlichen Bevölkerung absolut kein Verhängnis hat.

### Bemerkenswert war die Stellung der Sozialdemokraten.

Der Abgeordnete Liebmann betonte bereits in der Sitzung vom 19. Dezember 1927, daß die Regierungsvorlage, betreffend Behebung der „Notlage der kleinbäuerlichen Betriebe“ das menschenmögliche darstelle, was die Regierung im Interesse dieser Kreise getan hätte. In der heutigen Sitzung erklärte der sozialdemokratische Redner Wehle, Bauhen, daß der kommunistische Antrag durch die „Denkschrift“ der Regierung überholt sei, jedoch könne man verschiedenen Punkten des kommunistischen Antrages zustimmen. Die Abstimmung bewies jedoch, daß alles Gerede der SPD über ihre Bauernfreundlichkeit weiter nichts als Demagogie ist. Die Kommunisten beantragten, über ihren Antrag sowie über den deutschnationalen Antrag getrennt abzustimmen, da der kommunistische Antrag der weitgehende sei. Dieses Ansinnen wurde gegen 3 Stimmen der SPD abgelehnt (also Einheitsfront von der SPD bis zu den Deutschnationalen). Nun trat der „Reiter in der Not“ in Gestalt des Ausschussvorsitzenden Wehle (SPD) auf den Plan und erklärte, daß die Regierungsdienkschrift und der deutschnationale Antrag zusammen weitergehender sei, als der kommunistische Antrag. Die Abstimmung ergab die Annahme des sozialdemokratischen Antrages gegen 3 Stimmen der Kommunisten.

Das charakteristische dabei ist, daß also die SPD die Maßnahmen der Regierung für die kleinbäuerliche Bevölkerung für genügend erachtet, während andererseits die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in den kleinen Betrieben der Landwirtschaft geradezu katastrophal sind. Ein vorrefflicher Aufschauungsunterricht über sozialdemokratische „Agrarpolitik“!

### Eine Ver-Mumm im Sächsischen Landtag

Das Vorgehen des Herrn Vizepräsidenten Mumm im Reichstage läßt die Reaktionen im Sächsischen Landtage nicht ruhen. Herr Mumm hat bekanntlich im Zusammenhang mit dem Krankenzustand im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Presseberichterstattung in bezug auf den Prozess verboten will. Einen ähnlichen Antrag hat auch die Zentrumsfraktion im Sächsischen Landtage eingebracht. Natürlich dürfen die sächsischen Bürgerblockparteien beim Aufmarsch des Vizepräsidenten Mumm und des Hofpredigers Stöcker nicht fehlen. So hat der christliche Gewerkschaftssekretär, der volksparteiliche Abgeordnete Voigt, bei der Beratung der Anträge über die Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen im Haushaltsauschuss A des Sächsischen Landtages am 15. Februar einen Antrag eingebracht, wonach bei Gerichtsprozessen, in denen sexuelle Fragen eine Rolle spielen, die Presseberichterstattung nur in bedingtem Umfange gestattet sein soll.

Der fromme christliche Streiter Voigt würde gut tun, seinen Antrag der Bürgerblockpresse zu überreichen. Denn diese hat mit der Sensationsberichterstattung über den Prozess die größten Geschäfte gemacht. Im übrigen ist die bürgerliche Presse täglich von Pornographie. Man müßte also die gesamte bürgerliche Presse verbieten. Mit dem Polizeinippel und Presseverboten ist diesem Problem überhaupt nicht beizukommen. Aber für die bürgerliche Gesellschaft ist der Appell an den Polizeistand immer wieder der „letzte und einzige Ausweg“.



# Urteil:

wie Elfenbein und allseits werde ich darum beneidet.\* Professor P. J. L., H. I. T. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) - Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Lassen Sie sich durch angeblich billigere Preise, dafür aber weniger Tubeninhalte, nicht irreführen. Verlangen Sie ausdrücklich echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Ich hatte als Gymnasialschüler und als Student an der Universität gar viel an Zahnschmerzen zu leiden, da ich leider von niemanden zu einer zweckmäßigen Behandlung meiner Zähne angeleitet wurde. Es gab in meiner Studienzeit keine Schulärzte und man ging eben nur zu einem Arzte, wenn man die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte. So verlor ich während meiner Studienzeit 2 Mahlzähne und 2 Stodzähne. Da erfuhr ich durch irgend ein Inserat - ich weiß nicht mehr wo - von Chlorodont. Seitdem benütze ich täglich Chlorodont zum Reinigen der Zähne und der Mundhöhle - vielfach zweimal am Tage - und es wäre mir heute unmöglich, Chlorodont entbehren zu müssen. Seitdem ich Chlorodont gebrauchte, hatte ich niemals mehr Zahnbeschwerden. Ich habe noch alle Zähne mit Ausnahme der vier, die ich in meiner Jugend verlor. Meine Zähne sind weiß und gesund. Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Lassen Sie sich durch angeblich billigere Preise, dafür aber weniger Tubeninhalte, nicht irreführen. Verlangen Sie ausdrücklich echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.



## Die Proletariermutter

Ja jede noch deutlich ihre abgearbeiteten, bleichen Hände auf dem Sterbessüß liegen. Ich kann diese Hände nie vergessen. Als ich so still stand und den ausgemergelten Körper betrachtete, haben sie mir ein ganzes Leben erzählt.

Als die jung waren, haben sie freudig ins Leben hineingegriffen, es fiel ihnen nicht schwer, für den Profit zu arbeiten, damit das eigene Leben gestärkt werden konnte. Als aber erst Kinder geboren waren, da bewegte sich das Herz mit den Händen. Es ist dies ein eigen Ding, das sich immer und immer wiederholt: die Zeit, die du hier für andere schufst, müssen deine Kinder allein verbringen, sie müssen allein verkommen, sie brauchen dich! Sie sind hilflos. Warum müssen sich zwei Menschen ablagern für die Ernährung einer Familie?

Früher als der Mann geht die Proletariermutter gebohrt einher, früher als der Mannes ist ihr Körper ausgemergelt durch Not, Geburten und doppelte Arbeit. Die Hände der Toten zeichnen klar das Leid eines gequälten Lebens. Naß, frohig und mager liegen sie auf dem Sterbessüß. Die Adern stehen hoch aus ihnen hervor, als wolle dieses Blut allen zeigen, wie es durch den Körper aus, wie es sich frant gekämpft hat — als wolle es sagen von der Bergewaltigung eines Körpers, der schwere Lasten tragen muß.

Ja, du Proletariermutter! Du Mutter — geht es mit durch den Sinn — ach, hättest du doch dies nicht kumm getragen, hättest du doch deine Leiden in die Welt hinausgeschrien, und damit Hunderte, ja Tausende mit dir gerufen. Ihr Schreien hätte alle Proletarier mit sich reißen können — Männer und Frauen. Alle die Qualgepeinigten.

Proletariermutter, du trägst den Trübsal nicht hindurch dauernder Heimarbeit und Arbeit in den Fabriken. Wenn deine Kräfte erschöpft sind, sorgst du noch für deine Familie, ordnest das Haus, sorgst für das Essen des anderen Tages. Am späten Abend, wenn die Kinder schlafen gehen, sitzt du noch auf dem Schmel bei der Heimarbeit. Den frühen Leiden der Proletarierfrau schenkt du kein Gehör, du hast nicht Zeit, frant zu sein, du hast nur Zeit, dich zum Sterben hinzulegen.

Schon mit 40 Jahren bist du ausgelächelt, kennst keine Freude, nur Arbeit — für die Freude bist du zu müde — für die Arbeit darfst du es nicht sein, damit deine Kinder nicht fühlen, wie ungerocht das Leben ist.

Du schweigst — Das Schweigen aber löst die Intransparenz für deine Kinder nicht.

Proletariermutter — die Erlösung aus deinem Leid — für dich und deine Kinder ist der Kampf. Nicht schweigen, nicht dulden und quälen — auflehnen, aufrichten, erkämpfen ein besseres Sein!

Wieder ein Schulterschmerz. Nachdem erst vor einigen Tagen in dem Direktorenzimmer der 32. Volksschule in Dresden das Pulver erloschen und daraus ein größerer Geldbetrag entnommen wurde, drang in der Nacht zum 12. Februar abermals ein unbekannter Dieb in das Direktorenzimmer der 14. Volksschule auf der Salzstraße in Dresden ein. Der Täter ist nach Einschlagen eines Erdgeschossfensters in das Schulgebäude eingedrungen und mittels Nachschlüssels in das im 1. Stock gelegene Zimmer eingedrungen. Dort hat er das Pulver erloschen und daraus etwa 50 Mark Bargeld geholt. Es ist anzunehmen, daß es sich um beiden Fällen um ein und denselben Täter handelt, der sich vorher durch Betragen der Schulkinder Ortskenntnis verschafft.

Verleumdung in der Dresdner Seite. In der Dresdner Seite zwischen Paula und Klische wurde am Mittwoch von einem wackler Einwohnern umweit der Königsbrüder Straße ein Toter aufgefunden. Es handelt sich um einen Dresdner Einwohner, der durch zwei Revolverkugeln seinem Leben ein Ende gesetzt. Die Gründe, die zum Selbstmord führten, sind unbekannt.

## Die Rentner sprechen den Hüttenarbeitern ihre Sympathie aus

Freital. In überfüllter Saale des Bergkellers fand am 7. Februar die erste diesjährige Versammlung der Invaliden und Rentnervereine statt. Der Bezirksvorsitzende hielt ein Referat über die Entwicklung sowie Zweck der Organisationen und insbesondere des Verbandes für die Invaliden und Witwen Deutschlands. Er wies darauf hin, daß durch den Verband der Vertreter, sei es im Reichstag, Landtag und den weiteren Parlamenten ein starker Rückhalt und auch Stimme zur Verfügung gestellt worden sind, um Verbesserungen für den Lebensunterhalt der Älteren zu erreichen. Er führte unter anderem mit an, daß für die Rentner zweimal eine Unterstützungsbekämpfung des 25. Millionen bewilligt worden sei, aber für die Rentner gegen die Stimmen der Bürgerlichen nur einmal. Aus seinen ganzen Ausführungen mußte ein jeder erkennen, wie notwendig es ist, sich diesem Verband anzuschließen, gleichviel, ob man jetzt auch noch keinem Jahresschuldner angehört. Ein nicht ganz erreichter Erfolg sollte niemanden veranlassen, dem Verband den Rücken zu kehren. Mißerfolge treten überall mit ein. Ein jeder mußte als Mitglied des Verbandes weiter mitkämpfen, noch Besseres zu erreichen. Nach kurzer Debatte führte der Referent in seinem Schlußwort noch mit an, in welcher Weise der Verband weitere Forderungen in bezug auf die Altersversicherung und Wohlfahrtspflege stellen werde. Ein jeder sollte die Arbeiterparteien lesen und darin verfolgen, welche Partei für die Interessen und das Wohlergehen der Älteren einstehe und die Konsequenzen daraus ziehen. Bei der weiteren Tagesordnung und Debatte wurde in der Sache der Metall- und Hüttenarbeiterausperrung folgende Resolution gefaßt:

Die am 7. Februar 1928 im Bergkeller Freital-Deuben tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeiterinvaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Freital, spricht der Belegschaft der Schäch. Gußstahlwerke Freital-Töbelen, sowie den Belegschaften der anderen ausgesperrten Betriebe in dem ihnen ausgegangenen Kampf ihrer großen Sympathie aus und wünscht, daß der Kampf zum Siege der Arbeiterschaft enden möge.

Zu weiteren Anträgen, welche sich auf Wohlfahrtspflegebestimmungen bezogen, wurden aufklärende Hinweise gegeben. Mit den Worten: „Wir müssen fordern, wir müssen uns organisieren“ schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Freital. (Er will Raubmörder sein sein.) Am Mittwoch meldete sich auf der Wache der auf der Wehrstraße wohnhafte Arbeiter W. und erklärte, der Raubmörder sein zu sein. Die Polizei forderte ihn auf, nach Hause zu gehen, plötzlich erlitt W. einen epileptischen Anfall und fiel die Treppe hinunter. Ein herbeigerufener Arzt veranlaßte die Ueberführung nach dem Sonnenstein. W. leidet schon seit längerer Zeit an epileptischen Anfällen.

Cohmannsdorf. Der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Cohmannsdorf und Umg., veranstaltete am 18. Februar im Gasthof Cohmannsdorf einen Rittabend. Dem Verein ist es gelungen, die Teilnehmerzahlradfahrer Familie Schierich zu gewinnen. Es wird jeden Arbeiterpartei, vor allen den Einwohnern von Cohmannsdorf und Hainberg empfohlen, sich diesen interessanten Abend nicht entgehen zu lassen, um den Dinolade-Beimleiter von Frankfurt a. Main zu sehen.

Zschadwitz. Die Schule an der Rue will der Einwohnerschaft am nächsten Montag 19 Uhr in der Turnhalle

## Aus dem Dresdner Stadtparlament

Vor der städtischen Stadinerordnungs-Kommission fand wieder einmal eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden städtischen Körperschaften statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand als einziger Punkt der Einigungsantrag in der Frage der Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge beim Fürsorgeamt. Die Tribünen waren nur schwach besetzt. Nur die kommunalistischen Fraktionen sprachen sich. Scharf geistig er die Verhandlungsmethoden die der reaktionäre Rat bei dieser Vorlage angewendet. Alle sieben Monate haben Rat und Stadinerordnungs-Kommission sich mit der Erhöhung der Fürsorgebeiträge beschäftigt. In dem einen wurden 25 Prozent Erhöhung gefordert, dann fiel die SPD um und reduzierte die Forderung auf 18 Prozent. Der Rat aber lehnte beide Beschlüsse ab und will nur 11 Prozent (!) bewilligen. Es ist kennzeichnend für den reaktionären Rat, daß er, gleich den Intendanten im Landes- und Reichsmagazin, den Etat durch Streckungen bei den Ausgaben für die Armen balancieren will. Auf der anderen Seite aber leben wir eine geradezu ungeheuerliche Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kirche und Klassenjustiz. Das kennzeichnet klar genug die Prärie vom Wohlfahrtsstaat. Die kommunalistische Fraktion beantragt, daß die neuen Sätze nicht erst am 1. April, sondern rückwirkend vom 1. Oktober 1927 gezahlt werden — Genosse Lewinsohn meint, daß die kommunalistische Fraktion wie die kommunalistischen Stadinerordnungen ebenfalls eine rückwirkende Auszahlung verlange. Es ist bezeichnend für eine Gemeinde wie Dresden, daß sie eine so wichtige Frage sieben Monate lang verstreift. Die in den sieben Monaten eingetretene allgemeine Verteuerung der Versorgungsgegenstände macht die Erhöhung zum größten Teil illusorisch. Man will sparen am Etat der großen Gemeinde Dresden, wie es aber um den „Etat“ des Arbeiters steht, darum kümmert man sich nicht. Interessant ist die Aufstellung über das, was zum Leben nötig ist, die im Fürsorgeamt gemacht wurde. Es ist dabei festzustellen, daß u. a. Butter, Fleisch und vieles andere nach den Begriffen dieser Herren — die alle mehr als 20000 Mark jährlich verdienen — zum Leben nicht nötig ist. Daß für die kulturellen Bedürfnisse kein Wenig eingeleitet ist, ist charakteristisch für diese Herren. Wir leben aber, daß die reaktionäre Prärie einen Vorstoß auf die wenigen Rechte der Arbeiter macht. Der Reizentwurf, den jetzt die Justizstellen in der Metallindustrie proklamieren, zeigt, wie man überall die Lebensbedingungen der Arbeiter verschlechtern will. Abbau der Löhne — Verlängerung der Arbeitszeit, das ist die Parole des Bürgerturns. So steht in der Praxis der „Wohlfahrtsstaat“ aus. — Rößch (SPD) erklärt sich für den Antrag Reuß.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Genossen Reuß, die erhöhten Sätze ab 1. Oktober 1927 rückwirkend zu bezahlen, von den Stadinerordneten angenommen. Die Abstimmung beim Rat ergibt Ablehnung des Antrages Reuß mit 10 gegen 18 Stimmen. Damit ist die Einigung nicht zustande gekommen. Die Fürsorgebeiträge können wieder Wochen, vielleicht Monate warten, ehe sie in den „Genuß“ der erhöhten Sätze kommen. Wenn es sich um die Gehaltserhöhung eines Kassenmitgliedes handelte, dann wären bestimmt nicht Monate vergangen. Die Bewilligung von 10000 Mark Gehaltserhöhung für Stadtbaurat Reuß zeigt das ganz deutlich. So beschafft sich die herrschende Klasse aus den in ihrem Besitz befindlichen Positionen gutsehende Prüdel. Gegen dieses Entem werden wir mit allen Mitteln kämpfen.

Bei der Abstimmung mußte der Finanzreferent Müller (deutsch) die Geschäftsordnung nicht zu handhaben. Es gab wieder einmal eine „kleine“ Geschäftsordnungsdebatte — fürwahr bei der „Seltenheit“ dieser Geschäftsordnungsdebatten ein ergötzliches Schauspiel.

Nach einer kurzen Pause begann dann die Stadinerordnungs-Sitzung.

Zunächst wird eine ganze Reihe Berichte und Gutachten angenommen. So wird u. a. in der Frage der Ausnahmestellen im Handelsgewerbe beschlossen, den Rat zu erlassen:

a) die Markt- und Gemarkungsarbeiten vom 1. November 1901 dahingehend zu ändern, daß der Oster-, der Johannis-, und der Michaelis-Jahrmarkt wegfällt.

b) auf Grund der Reichsverordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919 nur noch für zwei Sonntage vor Weihnachten die Beschäftigung von Schülern, Lehrlingen und Arbeitern zuzulassen.

Des weiteren ruft eine längere Aussprache eine Anfrage bet. Sarralanis Haltung zur Stadt und die Schaffung einer Stadthalle hervor. Auf die Angelegenheit Sarralanis kommen wir bei Gelegenheit zurück. Zur Frage der Stadthalle erklärte Genosse Wagner, die Steuerlichen Sarralanis sei zur Genüge bekannt, die schlechte Bezahlung seiner Leute nicht minder. Die dauernd lautenden Klagen vor dem Gewerbegericht zeigten dies deutlich. Das Sarralanisgebäude ist nicht nur ungeheuer teuer, es kommt vor allem noch hinzu, daß durch den notwendig werdenden Umbau die Zahl der der Halle Tassenden um mindestens 50 Prozent reduziert wird. Auch die Miete der Halle ist schrecklich. Für das Geld, das der Umbau kosten würde, könnte man eine neue Halle bauen. Doch so lange in Dresden noch so viel Wohnungen fehlen, werden wir Kommunisten verlangen, daß erst Wohnungen gebaut werden, ehe Hunderttausende für eine Stadthalle herausgeworfen werden.

Der Rat schlägt vor, die einzelnen Gesuche, die das Sarralanisgebäude als Stadthalle umgebaut wissen wollten, auf sich beruhen zu lassen.

Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Punkte wurde die Sitzung gegen 23 Uhr abgebrochen.

## Soermus, der rote Meier

Soermus spielt im Vereinshaus. Der Saal ist bis oben bruchend voll. Die weingardischen Donkosen dachten sich solchen Besuches nicht rühmen. Die Massen sind erschienen, ihren großen Künstler, der jetzt aus England kommt, zu hören.

Mit dem D-Dur-Konzert von Mozart beginnt der Künstler. Bewundernswert die Süße des Strides im Allegro und die sonnige Heiterkeit im Rondo. Die Chaconne von Joh. Seb. Bach, Konzert nur für Violine ist das wunderbarste was man je gehört hat. Die schwierigen Passagen des Stückes meistert Soermus spielend, Spielend mit einer leichtlichen Intensität, daß die Massen lautlos der Überforderung des Genies lauschen. Virginia Ichniowski-Soermus bringt zwei Tanzstücke Vaas auf dem Klavier zum Vortrag und dann ein festliches Reduktionstied aus dem 15. Jahrhundert; dessen köstlicher Rhythmus die Massen demontierend aufplaudern läßt. Nach der Serenade melancholique von Ichniowski spielt Soermus für die Arbeiterlieder das Lied von Stenitz Kain, dem sagenumwobenen Helden der russischen Bauern, den zaristische Willkür den grauenhaften Tod des Vierteltens herben ließ. Die oft gehörten Phantasien auf der G-Saite von Paganini, virtuos bis aufs äußerste — „Der Rattenvogel“, ein russischer Bauerntanz; und „Am Brunnen vor dem Tore“ — beschließen den Abend. Mehrer 250 Mark ergibt die Sammlung für die Kinderheim.

Hunderte von Einlag begabenden mußten umleihen, ohne Soermus gehört zu haben. Die Eintrittskarten waren im Handumdrehen vergeben. Deshalb wird Soermus den Dresdner Massen ein zweites Konzert geben.

## Die Wachen von Paris

Ufa-Palast

Ein Film, der mit einer Verpottung amerikanischer Abenteurer beginnt und in einer romantischen Liebesgeschichte endet, in der ein zum „Apachen“ gewordener englischer „Junge aus guter Familie“ auf dem Wege zwischen „Wolken-Rouge“ und Verbrechertumpe den Anblick an die gute Gesellschaft durch ein hübsches „american girl“ findet. Die Regie ist besser als das Manuskript. Die beste schauspielerische Leistung bietet wohl die Dirne (Ruth Wagner), die ihre ganzen Fähigkeiten einsetzt, um der verlogenen und verfluchten Darstellung des „Apachentums“ ein paar lebenswahre Züge aufzutragen. Die musikalische Begleitung ist hervorragend in der Anpassung an das wechselnde Milieu.

Ausführung. Es sollen vergeben werden: Klempnerarbeiten (Kupfer) bei Erneuerung von Rinnen usw. am Neuen Rathaus. — Tischlerarbeiten (Innenarbeiten) für den Neubau von Altentheim in Trachen. — Ziegel- und Schieferdeckerarbeiten. Bauhofstraße 2. — Rührarbeiten am Neuen Rathaus. — Preislisten-Ordre werden, soweit der Vorrat reicht, im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Stock, Zimmer 351, kostenlos in der Zeit von 10 bis 14 Uhr an die Gewerbetreibenden abgegeben, dabeist liegt auch die Ordnung über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt- und Schulgemeinde Dresden usw. vom 4. Dezember 1913 zur Einsicht aus. Die ausgefüllten Preislisten sind unterzeichnet, verpackt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Schlußtermin, Freitag den 24. Februar 11 Uhr im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstr. 19, 3. Stock, Zimmer 351, einzureichen.

## Aus Königstein

(Arbeiterkorrespondenz)

Bauarbeiter, Bäcker, Stellmacher, Schiffbauer, Dienknecht, Poliere — das sind in die Werte, aus denen gekommen sind — die Polizeibeamten von Königstein! Sie alle waren einst Arbeiter, und was heißt? — Wenn man heute die von ihnen erhaltenen Anzeichen liest und denkt an die einzelnen Verfahren gegen Arbeiter lediglich wegen ihrer politischen Betätigung und Gewerkschaft, dann kann man das kaum verstehen. Wie auch das nicht, wenn man hört, wie es einmal gemeldet. Am Sonntag — auf dem Bau — beim Wagners und wo sie sonst waren, und dann der lehrliche Wunsch — „Se amtier zu sein. Heraus aus harter, schwerer Arbeit — heraus aus der Gewerkschaft — heraus aus der politischen Arbeiterpartei — so lautete insofern die Parole. — Ja, einst waren sie alle politisch wie gewerkschaftlich organisiert, und heute stehen sie abseits, ohne zu erkennen, daß trotz Uniform und Titel sie durch ihre wahre Lage, die sie nur nicht erkennen, nichts mehr und nichts anderes sind als — Proletarier!

Niederberwitz. Der KKV, Ortsgruppe Oderwitz, veranstaltete am Sonntag, dem 19. Febr. 17 Uhr im Schützenhaus Oderwitz eine öffentliche Werbeveranstaltung unter Mitwirkung des Untergaues Ebersbach und Jittau. Zur Aufführung gelangten einige Theateraufführungen, Rezitationen, lebende Bilder und Ansprache. Die Schalmelkapelle des Untergaues Ebersbach sowie der Tambourzug Jittau sorgten für musikalische Unterhaltung. Wir erziehen die Arbeiterschaft von Oderwitz diese Veranstaltung zu einer Massenkundgebung der revolutionären Arbeiter zu gestalten. Eintritt frei.

## Brandstifter verhaftet

Bauhen. Der Schneidermeister Kramke, in dessen Bodenstammer am 3. Februar ein großer Schadenfeuer ausgebrochen war, ist wegen des Verdachtes der Brandstiftung verhaftet worden.

einige frohe Stunden bereiten in Form eines „Bunten Abends“. Zur Aufhebung kommen weitere Lieder und Gedichte, Schattenbilder und überhand Lustiges.

## Die Frau in Sowjetrußland

Frausdorf. Sonntag den 19. Februar 11 Uhr spricht im Niederen Gasthof die Auslandsdelegierte Krummreich über obiges Thema. Keine Arbeiterin und kein Arbeiter veräume diesen wichtigen Vortrag.

## Schwarze Listen beim Zalsperrenbau Lehnmühle

Freiberg. Die Unternehmer haben jetzt herrliche Zeiten, besonders die, die die vom Soatte Kostlosarbeiten bekommen. Durch den Herrn Berthold wurde einem Erwerbslosen erklärt, daß er unter keinen Umständen wieder dieses Jahr nach der Lehnmühle vermittelt würde, weil sonst der „Arbeitsfrieden“ und ein produktives Arbeiten in Frage gestellt wäre. Auch in Freital und Dippoldiswalde wurden ein paar Arbeitelose auf den Zalsperrenbau Lehnmühle vertrieben. Voriges Jahr hatten die Arbeiter am Zalsperrenbau manchen harten Kampf mit der Bauleitung zu führen und Herrn Friedrich jetzt heute noch der Schreden in den Gliedern, den er sich bei der damaligen Auseinandersetzung geholt hatte. Da nun die Arbeitsverhältnisse dort sehr schlecht waren, hatte auch die Arbeiterstimme manchmal tüchtig hineingeleuchtet. Dabei hat man Angst und jetzt deswegen alles in Bewegung, um die „Elemente“ fernzuhalten. Doch es wird nicht viel nützen, Herrn Friedrich wird es ganz genau so ergehen, wie es ihm voriges Jahr ergangen ist. Die Kostlosarbeiter werden wie voriges Jahr eine energische Betriebsvertretung wählen und die Angriffe der Bauleitung Dredershoff und Widmann durch einheitliches Vorgehen erfolgreich ab schlagen.

## Brügelpädagogen in Freiberg

Folgender haarsträubender Fall wird uns aus der Begabten-Halle der 3. Bürgerliche gemeldet:

Die 11jährige Schülerin G. B. besuchte seit Ostern 1927 die Begabtenklasse der 3. Bürgerliche, nachdem sie zuvor 4 Jahre zu größter Zufriedenheit ihrer Lehrer die 2. Bürgerliche besucht hatte. In der jetzigen Schule hat nun die Lehrerin Fräulein Berthold die Unterrichtsstunden in englisch. Am 9. Febr. nun entdeckte das Fräulein Lehrerin in den Schularbeiten (englisch) einen Fälschungsschüler, den sie für so wesentlich hielt, um die Schülerin derart rechts und links zu überlegen, daß selbst die anderen Mitschülerinnen zu weinen anfangen. Bei dieser Brügelpein nun glaubte diese „Pädagogin“ ihrem Herzen über den ihr scheinbar unempfindlichen „Schüßel“ Luft machen zu können, indem sie während ihrer Obfiszerei ausrief: „Nicht wahr, so leben Subitape leben aus?“ Es dürfte zumindestens angebracht sein, daß die Aufsichtsinstant sich um die Verhältnisse kümmert, da wie bestimmt der Meinung sind, daß Vandeggele, nach denen Brügelpein verboten ist, auch für Freiberg gültig sind. Im übrigen werden wir über diese „Nach-Pädagogin“ ein maßvolles Auge haben.

Schönau. Selbstmord verübte am Montag etwa etwa ein halbes Dutzend des 19. Jahrs in der Straße des Carolabrude in die Erde fürste. Näheres über die Verhältnisse und die Gründe ist nicht bekannt.











# Ein Raub der sozialen Rechte

## Genosse Reddermeyer brandmarkt das Erwerbslosenversicherungsgesetz

In der Sitzung des Reichstages vom 13. dieses Monats sprach Genosse Reddermeyer zu dem Erwerbslosenversicherungsgesetz. Er erklärte:

Die vergangenen fünf Monate, die das Erwerbslosenversicherungsgesetz wirksam ist, gestatten vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus eine Bilanz zu ziehen und diese Bilanz schließt für die Arbeiter mit einem Defizit ab. Im Gegensatz zu uns hält die Sozialdemokratie dieses Gesetz auch heute noch für einen Fortschritt. In Wirklichkeit ist dieses Gesetz

ein wichtiger Bestandteil der sozialen Reaktion,

die Herr Kaufhäuser im Juli vorigen Jahres selbst unter der Bezeichnung „Gegenrevolution“ zusammengefaßt hat. Er sprach damals von der rückwärtigen Entwicklung seit der Zeit der Weimarverfassung. Die Sozialdemokratie hat bei dieser rückwärtigen Bewegung keine unwichtige Rolle gespielt. Die Stationen waren: Nationalversammlung, Weimarer Koalition, Große Koalition, Stille Koalition, Bürgerblock.

Es ist kein Zufall, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz in demselben Jahre entstanden ist wie das Arbeitszeitgesetz, das Schmutz- und Schandgesetz, das Arbeitsgerichtsrecht in dem Jahre der Konföderierung der Bourgeoisie. Der Zweck des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist

die Zerstückelung der Erwerbslosen.

Wohl die SPD im wesentlichen die Politik der Bourgeoisie unterstützt, und auch die Nationalisierung unterstützte, mußte sie auch für dieses Gesetz eintreten.

Das Gesetz enthält eine solche Fülle von Klippen und Fellen, daß es nur den allerwenigsten Erwerbslosen gelingen kann, sich dahin durchzukämpfen. Als Beispiel dafür erinnere ich an den § 2, der „jede Ermittlung“ gestattet. In der Praxis ergibt sich daraus das Umgekehrte von dem, was wir bei Verträgen der Verordnungsgerichte immer erleben. Während die Kriegsbeschädigten immer gern feststellen, daß der Mann noch gar nicht so krank ist, ist es hier natürlich umgekehrt.

Die Ärzte werden als Untersuchungsquelle benutzt, um bei den Erwerbslosen die sogenannte „Arbeitsunfähigkeit“ festzustellen.

Wenn nämlich der Gewerbetreibende feststellt, daß der Mann arbeitsunfähig oder nicht mehr zu 33 Prozent arbeitsfähig ist, dann fällt er nicht mehr unter das Gesetz und die Bourgeoisie hat einen Baken geparkt. Nun kommt es vor, daß daraufhin der Vertrauensarzt der Invalidenversicherung und der Kranke feststellt, daß der Mann arbeitsfähig ist, dann fällt der Erwerbslose zwischen diesen beiden Gutachten und bekommt weder von der einen noch von der anderen Seite Unterstützung.

Eine andere Klippe ist die sogenannte Arbeitswilligkeit. Ein Beispiel dafür, wie dies von der Reichsanstalt festgestellt wird. Ein fünfundsünfzigjähriger, verheirateter Mühlenmacher aus Berlin wird zur Prüfung der Arbeitswilligkeit nach Westfalen geschickt. Er soll 66 Pfennig Stundenlohn erhalten. Daß der Mann bei Führung von zwei Haushaltungen mit diesem Lohn nicht auskommen kann, werden Sie mir wohl ohne weiteres zugeben. Der Mann weiß auf sein Herzleiden und auch darauf hin, daß in Westfalen doch genug Mühlenmacher arbeitslos seien und weigert sich, nach Westfalen zu gehen. In dem Augenblick ist die „Arbeitsunwilligkeit“ festgestellt und dem

wird die Unterstützung entzogen.

(Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Genosse Reddermeyer schildert noch verschiedene ähnliche Fälle. Das sind nicht die einzigen Methoden, um die Erwerbslosen durch dieses famose Gesetz zu betrügen. Angeblich soll die Pflichtarbeit mit Ausnahme der Jugendlichen durch das Gesetz beseitigt sein. In Wirklichkeit ist dies nicht der Fall, wie sich an zahlreichen Beispielen beweisen läßt.

Die Interpellation der Bürgerblockpartei ist eine einzige unerhörte Falschbildung und Provoktion der Arbeiter. Aus den statistischen Jahrbüchern ist zu ersehen, daß in den drei letzten Jahren ein ungeheurer Ueberschuß an Arbeitskräften auf dem Lande vorhanden war. Die Leute, von denen die meisten in ihrem Leben noch nicht richtig gearbeitet haben, wagen es hier zu erklären,

daß die Arbeitslosen faul und arbeitslos sind.

In Kärnten hat der Stadtrat beschlossen, die Pflichtarbeit für alle einzuführen und am 5. Januar hat der sozialdemokratische Stadtrat Bescheid in einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung diesen Beschluß verurteilt.

Nach toller ist ein Beispiel aus Bork im Arbeitsamtgebiet Mülheim. Bei dem dortigen Arbeitsamt ist an führender Stelle der Vorsitzende eines Kriegervereins.

Dieser Mann verlangt von den Erwerbslosen, sie sollen die Gewehre des Kriegervereins reinigen, damit sie beim nächsten Hindenburgumzug hübsch laubert sind. Da der Vorsitzende gedroht hat, daß ihnen die Unterstützung entzogen würde, wenn sie diese Gewehreinigung nicht vornehmen, haben sich die Erwerbslosen in Unkenntnis des Gesetzes leider dazu hergegeben.

Die Sozialdemokratie schiebt in solchen Fällen die Schuld immer auf den reaktionären Beamtenapparat. Wir konnten aber wiederholt feststellen, daß der sozialdemokratische Präsident eines solchen Arbeitsamtes noch schlimmer und rückwärtiger ist, als irgend ein anderer.

Nach der alten Erwerbslosenfürsorge betrug die Anwartschaft 13 Wochen. Durch das Erwerbslosenversicherungsgesetz wurde sie auf 26 Wochen erhöht.

Genosse Reddermeyer schildert das Vorgehen des sozialdemokratischen Stadtrats Brühl in Berlin, der versucht, durch eine besonders reaktionäre Auslegung des Gesetzes die Erwerbslosenunterstützung zur Ausnahme und die Krisenunterstützung zur Regel zu machen. Selbst der Spruchauschuss mußte bei Behandlung eines Protestes anerkennen,

daß der Sozialdemokrat Brühl das Gesetz falsch auslegt.

Die Sozialdemokraten, die von Arbeitern in solche Positionen gebracht worden sind, haben dort fast ausnahmslos die Interessen der Bourgeoisie gewahrt. Dies festzustellen, ist um so wichtiger, als die SPD sich zu einer neuen Koalition mit den bürgerlichen Parteien vorbereitet. Die Arbeiter können schon an der bisherigen sozialdemokratischen Tätigkeit erkennen, daß für sie bei einer solchen Koalitionsregierung keine Besserung ihrer Lage herauskommt. Unter jeder Regierung wird dieses Gesetz ein Raub der sozialen Rechte an der Arbeiterklasse sein. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

## Anträge im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband

Auf der am 8. Februar 1928 abgehaltenen Delegiertenversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, A. H. Dresden, wurde u. a. beschlossen, den Hauptvorstand zu erlösen, eine Studienkommission auf Kosten des Verbandes und unter der Voraussetzung, daß er Kasse und Postamt frei wählen kann, nach Kurland zu entsenden. Ein Protest, daß eine solche Kommission nicht schon früher zu Studienzwecken nach dort entsandt worden ist, wie es der letzte Verbandstag gewünscht hätte, schloß sich an.

Eine Entschließung fand einstimmig Annahme, in der es u. a. heißt:

„Die Generalversammlung vom 8. 2. 1928 nimmt mit Befremden Kenntnis von dem Verhalten des Zentralverbandes der Maschinen- und Decker, wodurch die Zusammenfassung der für die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen in Frage kommenden Gewerkschaften verzögert worden ist. Sie begrüßt das Vorgehen unseres Verbandes, mit dem Eisenbahnerverband und dem Deutschen Verkehrsverband zu einer großen, leistungsfähigen und ausschlaggebenden Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste und des Ver-

Kaufhaus  
Maximilian  
**Reiner**  
Heidenau-Nord  
Bahnhofstraße 10  
für  
Glas, Porzellan, Steingut,  
Haus- u. Küchengeräte,  
Galanterie- u. Spielwaren

kehr zu kommen, und hofft, auf den in diesem Jahre stattfindenden Verbandstag positive Stellungnahme bezüglich zu können. Die Generalversammlung erwartet, daß die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung von den maßgebenden Instanzen gefördert wird, und verpflichtet sich, selbst in diesem Sinne zu arbeiten. Von der Arbeiterklasse wird eine Ausbreitung und Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens erwartet, um die Reiben der Arbeiterklasse zu stärken. Die weitere Vertiefung der Arbeit, besonders beim Pflegepersonal muß durchgesetzt werden, ebenso müssen die Tarifverträge zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden, um in der angebotenen Weise den Lohnstand der Arbeiter zu verbessern. Der Abschlusstag ist auf jeden Fall aufrechtzuerhalten. Alle Arbeitnehmer müssen für diesen Kampf interessiert werden, dort, wo er geführt wird, wird Kulturarbeit im besten Sinne geleistet und von der Generalversammlung begrüßt.

Eine weitere in der Versammlung eingegangene Entschließung, die sich für die Sympathie der kämpfenden Metallarbeiter ausdrückt und den DGB ersucht, alle denkbaren Wege zu beschreiten, um die Metallarbeiter zu unterstützen, fand ebenfalls Annahme.

## Klebe und Schlichting „führen“ ihren Verband

Gegenüber der reformistischen Offensive in den verschiedensten Gewerkschaften gegen die Opposition wollen die Streikbrecher-Klebe und Schlichting nicht zurückweichen. Auf dem Verbandstag wurde der alte Kollege Wilhelm Seidel, Bezirksleiter des Bezirks Wedding in Berlin ausgeschlossen. Ebenso der Kollege Kunz aus Frankfurt a. M., weil er das Verbot begangen hatte, zwei Stunden als Gast am Verbandstag teilzunehmen, und dadurch in den Verband gekommen war, einen Artikel der Frankfurter Arbeiterzeitung zum Verbandstag geschickt zu haben.

Die verbotenen Arbeiterzeitschriften der Leitung des Maschinen- und Heizerverbandes haben viel vor den Mitgliedern zu verbergen, daß sie jedes offene Wort der Kritik im Verband mit den brutalsten Mitteln unterdrücken müssen. So wurde der SPD-Kollege Gellin aus Berlin ausgeschlossen, weil er es gewagt hatte, den ehemaligen Kollegen Galle wegen unaufrichtiger Manipulationen zu brandmarken. Gegen den Kollegen Hermann in Frankfurt a. M., der dort das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft besitzt, und der sich gegen den Ausschluß des Kollegen Kunz an die Mitgliedschaft gewandt hat, hat der Verband nunmehr auch ein Ausschlussverfahren eingeleitet, das schließlich zum Ausschluß führen wird, wenn nicht in letzter Stunde die Mitglieder des DGB den härtesten Protest in allen Betrieben und Mitgliederorganisationen gegen diese Willkürherrschaft einer fanatischen SPD-Sympatiquen erheben. Gegenüber diesen Gewaltmethoden des Vorstandes, die sich würdig an ihre Streikbrechermethoden anreihen, muß der härteste Kampf aufgenommen werden. Der Maschinen- und Heizerverband ist infolge seiner engen Verflechtung heute ein Hindernis auf dem Wege zur Entwicklung der Gewerkschaften zu Industrieorganisationen geworden. Darum müssen die Mitglieder in allen Versammlungen dafür eintreten, daß der Verband aufgelöst wird und die Mitglieder gruppenweise den Verbänden ihrer Industrie zugeführt werden.

## Generalaussperrung!

Alle kommunikativen Metallarbeiter Sonnabend den 18. Februar 1928, 19 Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner Straße

Fraktionsvollversammlung!

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbuch mitbringen.

Werkarbeiter. Am Sonnabend dem 18. Februar findet um 19.30 Uhr bei Hildebrand, Theaterstraße, eine Fraktionsversammlung statt.

Betriebsräte. Am Montag dem 20. Februar findet um 19.30 Uhr im Restaurant Droschke, Dresden-Striesen, Wittenberger Straße 87 (Ecke Pordubitzstraße) eine Zusammenkunft der Betriebsräte von Striesen statt.

Alle kommunikativen Schuhmacher treffen sich am Dienstag dem 21. Februar um 19 Uhr im Parteibureau, Columbusstr. 9.

Zentralverband der Angestellten. Die wöchentlichen Staatstreffen finden am Freitag dem 17. Februar 1928, im Ministerium statt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen berichtet der Zentralverband der Angestellten in einer am Freitag dem 17. Februar, 19.30 Uhr, im Dresdner Volkshaus, Riesenbergstraße 2, 1. Stock, Zimmer 67, stattfindenden Fachgruppenversammlung. Das Erscheinen aller Fachgruppenangehörigen ist Pflicht.

Verantwortliche Sekretäre: für Partei- und Parteipolitik: Bruno Gold, Hammer; für Parteipolitik, Gewerkschaftliches, Sport und Neuliteratur: Richard Spengler; für den Internationalen: Eberhard Buxner, Schriftf. in Dresden; Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft - Trud. „Venus“, Trautenstraße Dresden

Fortsetzung 3

# PASSAGIERE

## DER III. KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

Der Krumme hing das Wort „Bad“ auf, zog die Schlüssel heran und hing auch seine Kasse hinein. Zur gleichen Zeit schielte er nach der Französin. Als er sah, daß diese, die sich leicht an den langen Engländer gelehnt hatte, wieder mit dem Dicken jängelte, rief er laut, ja, er brüllte heulend: „In die Stube sollte man den Brüdern das Zeug werfen!“

Die Französin war diesmal wirklich erschrocken. Sie drückte sich hinter an den Vorgen, der durch ihre Vertraulichkeit ganz heil und feierlich wurde, schloß die Augen und atmete heftig.

Die Suppe schillernde Bettstube, die dem Geruch des Krummen noch näher sah, war auch erschrocken. Sie ließ ihren Köffel fallen und griff eilig nach dem schwarzen Gebetbuch.

Nur die Jüdin blieb ruhig. Sie zog sogar die Schlüssel zu sich herüber, schloß sich mit ihrer Gabel ein Stück heraus, legte es auf ihre vorgelegenen Lippen und zernagte es mit ihrer Zunge. Es schien ihr auch nicht zu schmecken; sie schob die Lippen nach weiter vor, daß sie auslachen wie das Maul eines fetten Karpfen, drehte sich halb um und spuckte alles flüchtig auf den Boden.

Durch den Krummen war der Lärm allgemeiner geworden. Der geduckte Holländer, er sah aus wie ein „Tramp“, den die Landstrasse in diesen Schiffsbau geschleppt hatte, rief immer: „Es schmeckt wie Dred!“

Der junge Mann, es war sein Bruder, der korrekt mit einem heißen Krug und steilen Manschetten, neben ihm sah, sagte genau so oft, nur kürzer und würdiger: „Gemeinheit!“

Der große Schotte war am ärgerlichsten. Er fand nur keine Worte für seine Wut und schlug darum laut und dröhnend auf die Tischplatte.

Wütlich schaute der Deutsche, der sich in dieser polternden und schimpfenden Gesellschaft nicht besonders wohl fühlte und immer nach den Türen schielte: „Der Steward kommt!“

Der Steward, ein junger Mann, dem der weiße Kittel etwas lose um die schmalen Schultern hing, brachte das Fleisch. Es war nicht gleich ruhig, besonders der Schotte domerte noch auf den Tisch. Die anderen brummt und maullten aber doch schon leiser.

Erst als der Steward, der die Fleischschüssel niedergelegt hatte, die Teller einsammelte, sah er den Mat und stand auf. Es war der Korrekte. Er nahm den Steward an seinem weißen Kittel, versuchte ihn zwei Schritte abseits zu führen und sagte ihm leise, sich verbiegend: „Ihr Fleisch ist schlecht!“

Der Steward verzog kaum das Gesicht, sammelte die Teller ein und antwortete: „Ich weiß es.“

Der Belgier, der die Antwort hörte, schnellte hoch. „Du weißt das!“ brüllte er, „und hast uns das Zeug doch gebracht!“ Seine schwarzen Augen funkelten gefährlicher als Feuer.

Der Steward sammelte ruhig die letzten Teller. Vor dem Heiligen, der erst mit der Suppe begonnen hatte, blieb er einen Augenblick stehen. Langsam drehte er sich dem funkelnden Belgier zu. „Ich bin ein Angestellter“, sagte er, und sein Gesicht wurde steil. „Ich bekomme den Fisch. Ich bringe ihn. Das ist meine Arbeit.“

Auch der Däne war aufgestanden. Er war aber ruhiger. „Einer muß zum Kapitän gehen“, sagte er.

Der Steward verteilte nun schon das Fleisch. Es roch besser. Die ersten schnitten gleich hinein. „Es ist gut“, sagte der Deutsche triumphierend, der sich ein großes Stück auf den Teller gezogen hatte, und kaute mit vollen Backen.

Der ganze Tisch beruhigte sich. Selbst die Aufgestandenen vergaßen Behörde und sonstigen Fisch, ließen sich auf ihre Stühle zurückplumpfen, langten in die neue Schüssel und tauchten mit.

Es war still. Man hörte nur das Schneiden und Kratzen der Messer. Manchmal rief einer nach Kartoffeln oder nach Sauce. Der Krumme lächelte, ohne sich umzusehen, in seinem Fleisch. Er hatte die Französin fast vergessen und spürte nur die Schärfe von Salz und Pfeffer, die er zwischen seine Zähne schob und die ihn hinten im Gaumen kitzelten und brannten.

Nach dem Fleisch gab es noch Apfelsinen. „Madame!“ rief der Schotte, vor den der Steward den Korb mit den Früchten gestellt hatte, und warf der Französin eine zu. Sie lächelte dank-

bar zurück, sie lächelte aber gleichzeitig sofort zu dem Krummen, der sich satt und zufrieden zurückgelehnt hatte und die Frau wie ein brünstiger Stier beglöhete und abstaute.

„Der Teufel soll die Hunde holen!“ schrie da der Däne plötzlich auf. Er knallte seine Apfelsine auf den Boden und brüllte noch lauter: „Sie ist auch faul!“

Die anderen waren glücklicher. Sie schälten die kleinen Früchte, bis sie mit ihren groben Fingern, schlürften sie aus oder zerkleinerten sie mit ihren groben Fingern. Der Krumme fedte die feimige in die Tasse. Die Beischwester, die aufgestanden war und eilends hinausstülpelte, hatte die ihre noch tiefer in einen an ihr hängenden Strickbeutel vergraben. Alle lachen dem enteulenden Verdächtig nach. Ihre Röcke schlenterten etwas hochgezogen hinter ihr her. Man sah ihre spindeldünnen Beine, die dicken, hängenden, grau und weiß gepölpelten wollenen Strümpfe und ein Stück von einem rot- und grüngestreiften Unterrock. Ihr Buch hielt sie wieder fest an die Brust gedrückt in den mageren, spitzen Händen.

3.

Nach dem Essen schlürften alle hinaus. An der Tür gab es ein Gedränge. Der dicke Holländer und der Krumme wollten gleichzeitig mit der Französin durch den schmalen Spalt. Der Krumme blieb Sieger. Er hob den Dicken wie einen schweren Sack an die Wand. Der Frau drückte er aber nur schnell die Apfelsine in die Hand, lächelte sie einen Augenblick mit seiner groben Verzertheit an und trat dann wieder zurück.

Hinter der Tür stockte der Vormarsch erneut. Reiner wachte, wo er hingehen sollte. Einige drängten nach oben. Das Schiff war aber überall noch fast, wenigstens in der dritten Klasse. Alles stürzte darum nach den Kabinen. Auch die Kabinen waren nur angeheilt. Schimpfend warfen sich die Männer auf die Betten.

In der ersten Kabine lagen die beiden Brüder. Der Korrekte hatte seinen Krug abgedunden und die Manschetten abgezogen. Die kleinen Halbshuhe hob er unter das Stahlgelüst. Der Geduckte hatte nur seine Jacke abgestreift und sie unter den Kopf gelegt. Seine Stiefel lagen auf dem Bettzeug. Er versuchte zu schlafen.

„Vernd!“ rief der Korrekte, der sich halb aufgerichtet hatte und seinen Bruder mit einem ärgerlichen Gesicht betrachtete. „Du bist hier nicht auf der Landstrasse!“

Der öffnete kaum die Lippen. „Kleiner!“ knurrte er, „halt dein Maul!“

(Fortsetzung folgt.)



